

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Direktor: Dr. Friedrich Heine  
Verlags-Gesellschaft: 22841  
Nr. 1: Postfach Nr. 20011  
Schulstraße 1, Hauptstadt-Post  
Dresden K. 1, Marienstraße 20/22

Druck- und Verlags-Gesellschaft  
Druck: 22841  
Nr. 1: Postfach Nr. 20011  
Schulstraße 1, Hauptstadt-Post  
Dresden K. 1, Marienstraße 20/22

Druck: 22841  
Nr. 1: Postfach Nr. 20011  
Schulstraße 1, Hauptstadt-Post  
Dresden K. 1, Marienstraße 20/22

## Polen bedroht Danzigs Selbständigkeit Scharfe Abwehrede Dr. Ziehms im Senat

Danzig, 24. April. Der Präsident des Senats, Dr. Ziehms, erbat heute im Senat ausführlichen Bericht über die durch das Dimissionsgesetz des diplomatischen Vertreters der Republik Polen, Dr. Strassburger, eingetretene Verschärfung der Beziehungen zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen und betonte zu Beginn seiner Ausführungen, daß das demonstrative Rücktrittsgesetz Dr. Strassburgers den Auftakt zu weiteren Einschränkungen der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Freien Stadt Danzig bedeuten sollte.

Die Danziger Regierung könne der Erörterung vor dem Rat des Völkerbundes mit Vertrauen entgegensehen.

Dr. Ziehms wies sodann die in dem Dimissionsgesetz Dr. Strassburgers enthaltene Behauptung, daß die polnische Regierung von dem Präsidenten des Senats „in einer in offiziellen Beziehungen nicht üblichen Weise getränkt worden sei“, mit aller Schärfe zurück. Wenn Minister Strassburger in seinem Dimissionsgesetz ferner behauptet, daß seine Mittel erschöpft seien, um den Schutz der polnischen Bevölkerung in Danzig gewährleisten zu können, so könne die Danziger Regierung mit gutem Gewissen vor aller Welt den Nachweis führen, daß jeder polnische Staatsangehörige in Danzig genau den gleichen Rechtschutz genieße wie die Danziger Staatsangehörigen und wie alle Fremden.

Der Senatpräsident gab im weiteren Verlauf seiner Darlegungen der Vermutung Ausdruck, daß Polen mit der Aktion vor dem Völkerbundrat die Anwendung des Beschlusses des Rates vom 22. Juni 1921 erstrebe, wonach die

polnische Regierung unter besonderen Voraussetzungen die Aufrechterhaltung der Ordnung im Gebiete der Freien Stadt Danzig sicherstellen habe. Es könne aber, so erklärte Dr. Ziehms mit Nachdruck, kein Zweifel bestehen, daß die Voraussetzungen zur Anwendung dieses Beschlusses nicht vorlägen. Die Behauptung, daß Polen an dem ihm gewährleisteten freien Zugang zum Meere behindert worden sei, sei so grotesk, daß es nicht schwer fallen werde, sie vor dem Völkerbundrat, als jeder Begründung entbehrend, zurückzuweisen.

Ich habe, so schloß Dr. Ziehms, das Empfinden, daß im Hintergrund der polnischen neuen Aktion das Verstreben nach Erweiterung seiner politischen Macht liegt.

Polen erstrebt die Hoheit über Danzig, insbesondere Einfluß auf die innere Verwaltung Danzigs, auf dem Gebiete der Polizei und des Gerichtswesens. Es ist Aufgabe jeder Regierung in Danzig, wie sie auch an demselben teilnehmend, so daß durch die Verträge nicht begründeten Machtstreben des polnischen Staates in bestimmter Weise entgegenzutreten.

### Das Gutachten zur Danziger Hafenfrage

Genf, 24. April. Das Gutachten der juristischen Sachverständigen des Völkerbundes in der Danziger Hafenfrage ist heute vom Völkerbundsekretariat dem Völkerbundskommissar in Danzig, Grafen Gravin, überreicht worden. Das Gutachten wird am Montag, nachdem es bis dahin den Regierungen in Danzig und Warschau zugeföhrt worden ist, gleichzeitig in Danzig und Genf veröffentlicht werden.

### Polen gegen Danzig

Wenn man, um polnisches Gebiet und polnische Schifflanen zu umgehen, einen der schmutzen Schneidampfer des „Seebundes Ostpreußen“ zur Reife von Swinemünde nach der abgekehrten Ostprovinz benutzt, dann sieht man kurz vor der Einfahrt nach Joppot auf dem Landstreifen, der sich leicht als polnischer „Korridor“ durch deutsches Gebiet bis ans Meer vorschleibt, eine Stadt dehnen, deren weitläufige Hafenanlagen und Neubauten sonderbar abstechen von dem beschriebenen, altertümlichen Häuschen im Zentrum. Es ist das ehemalige Fischerdorf Gdingen, das in ein paar Jahren mit ungeheurem Aufwand von Geld und mit allen Mitteln der modernen Technik zur polnischen Seefahrt „Gdynia“ ausgebaut worden ist. Von hier aus fährt Polen wirtschaftlich Krieg gegen Danzig, um das Volkwerk des Deutschtums im Osten zu Fall zu bringen. Hier errichtet es zugleich politisch einen Wall gegen die Idee der Grenzrevision im Osten überhaupt. Kein Opfer ist der Warschauer Regierung zu groß, um dieses doppelte Ziel zu erreichen. Obwohl die Baukosten von Gdingen im Verhältnis zur Nutzbarkeit der Anlagen das Dreifache des Normalen betragen, sind die Hafengebühren niedriger als in irgendeinem deutschen Ostseehafen. Die Amortisierung der gewaltigen Einrichtungen geht ganz auf Staatskosten, und die zum Hafen führenden Eisenbahntrassen verbilligt der Staat trotz seiner prekären Finanzlage durch eigene Zuschüsse. Als ein Zuschußbetrieb in größtem Ausmaße. Der bisherige Erfolg dieser Bemühungen ist eine Steigerung des Hafenumschlags von rund zwei auf mehr als vier Millionen Tonnen in den letzten drei Jahren. Und das bisher schon amerikanisch anmutende Bautempo wird noch forciert nach einem „Fünfjahresplan“, der Gdingen durch Jagus aus Kongresspolen und Gallizen zu einem Hafenplatz ausgebaut soll, der 100 000 Einwohnern statt der jetzigen 20 000 — Arbeit und Brot verschafft. Natürlich auf Kosten und zum Schaden des benachbarten Danziger Hafens. Was hilft es, daß sich der Danziger Senat unter Berufung auf die Verträge hilfesuchend an seinen Schutzherrn, den Völkerbund, wendet? Nicht der Genfer Rat, sondern der wirtschaftliche und politische Einsatz, den Deutschland und dem polnischen Machtstreben entgegenzusetzen hat, wird entscheiden in diesem Ringen um die Ostsee, das mit den letzten Auseinandersetzungen zwischen Polen und Danzig in ein entscheidendes Stadium getreten ist.

Seit der Errichtung des Danziger „Freistaates“ vor elf Jahren hat dieser Kampf seinen Tag gerührt. Nur die polnischen Methoden haben gewechselt. Zuerst glaubte man in Warschau, durch Polonisierung die urdeutsche Stadt am schnellsten schließen zu können. Aber alle Anschläge auf zollrechtlichem Gebiet, die Beschlagnahme der Eisenbahn und der Angriff auf das Postwesen haben den Danziger Widerstand nur verstärkt. Seit den Polen diese Erkenntnis aus Gewisheit geworden ist, versuchen sie es nun mit der Androhung des Danziger Hafens und der wirtschaftlichen Ausdehnung der Danzestadt, obwohl Danzig einer der besten Abnehmer polnischer Waren ist, von denen es infolge der Zollunion doppelt so viel kauft, als Polens französischer Verbündeter. Daneben geht auch der politische Kleinkrieg unentwegt weiter. So hat der polnische Vertreter die nach den Wahlen eingetretene Rechtschwächung in Danzig als Vorwand für neue Übergriffe benützt. Aber das Mandat seines Scheinrücktritts, weil er mit dem deutschnationalen Senatpräsidenten Dr. Ziehms nicht zusammenarbeiten könne, ist an der festen Haltung des Senats gescheitert. Nun holt Polen in seiner Erbitterung zu einem neuen Schlag aus, der für Danzig verhängnisvoll werden soll, indem es die Verhandlungen mit Frankreich über den Ausbau der direkten Bahn Oderschlesien — Gdingen zum Abschluß bringt. Diese Kohlenbahn soll es ermöglichen, den Danziger Hafen für die polnischen Bedürfnisse ganz entbehrlich zu machen. Wie politisch der Plan gedacht ist, das zeigen die baldabschneiderischen Bedingungen, die Polen auf sich nimmt, um die französische Hilfe für das Projekt zu erlangen. Nicht nur daß es für den 40-Millionen-Dollarkredit ungewöhnlich hohe Zinsen, nominell 9 1/2 v. H., zahlt. Die französische Finanzierungs-gesellschaft erhält auch einen langfristigen Pachtvertrag für den Betrieb der Strecke; sie führt darauf Tarife ein, die erheblich über den polnischen liegen, und der polnische Staat verpflichtet sich, durch Frachtzuschüsse aus seiner Tasche den Ausgleich zu schaffen. Unter Einrechnung aller Kaufseiner erhöht sich die praktische Verzinsung des Kreditbusses auf etwa 20 Prozent jährlich. Wahrhaftig, Frankreich läßt sich seine Freundschaft teuer bezahlen! Oder die französische Wirtschaft schätzt das Risiko des Unternehmens riesig hoch. Rein Wunder, daß sich die Opposition im Warschauer Sejm mit Händen und Füßen gegen solchen Wucher wehrt. Aber schließlich geschieht doch Willkür. Er befreit das Geschäft hauptsächlich aus politischen Gründen, denn er sagt sich, daß die französische Politik erst dann an der Erhaltung der polnischen Grenzen dauernd interessiert ist, wenn Frankreichs Schwerindustrie und Finanz mit großen Investitionen im Korridor festgelegt sind. Mit der Bahn nach Gdingen soll allen Revisionsbestrebungen im Osten der letzte

## Die Unternehmerverbände warnen

### Kritik an den Vorschlägen der Brauns-Kommission

Berlin, 24. April. Der Hauptauschuss der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände beschloß heute in seiner Sitzung am 24. April mit den Vorschlägen des Brauns-Ausschusses zur Arbeitslosenfrage. Nach Ansicht des Hauptauschusses läßt das Gutachten „jede tiefere Untersuchung der eigentlichen Gründe der Arbeitslosigkeit und demzufolge auch die Verantwortung der entscheidenden Frage, inwieweit bei ihrer Durchführung eine Verschlimmerung dieser Gründe und damit eine Vergrößerung der Arbeitslosigkeit eintreten müsse, vermissen.“

Diese Behandlung lebenswichtiger innerdeutscher Probleme habe in allen Kreisen des Unternehmertums Enttäuschung und Besorgnisse ausgelöst.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände habe in einer Eingabe an die Reichsregierung nachgewiesen, daß die vorgeschlagenen gesetzlichen Zwangsmaßnahmen in die Gestaltung der Arbeitszeit zur Verbesserung der Produktionskosten, Verlängerung der Arbeitszeiten, Erleichterung des Exports, Gefährdung des Rationalisierungserfolges, Verminderung der Anpassungsfähigkeit an die Schwankungen des Auftragseinganges und der Wirtschaftslage, also zu einer

Verminderung der Wirtschaftlichkeit und Konkurrenzfähigkeit der Betriebe

föhren und dadurch eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben müßten.

Der ungewöhnliche Ernst der Lage mache ferner einschneidende Reformmaßnahmen der Sozialversicherung und besonders der Arbeitslosenversicherung unentbehrlich, wenn nicht binnen kurzem der völlige Zusammenbruch einzelner Versicherungsträger unvermeidlich werden sollte. Die in den einzelnen Versicherungszweigen, insbesondere in der Arbeitslosenversicherung, der Invalidenversicherung, der Unfallversicherung und der Knappschaftsversicherung, bereits bestehenden und bestimmt zu erwartenden weiteren Fehlerrücklagen könnten angeht die Finanzlage von Reich, Ländern und Gemeinden und bei den schon jetzt nach Ansicht des Hauptauschusses weit überhöhten Beiträgen zur Sozialversicherung sowie bei der Kapital- und Selbstkostenfrage der Wirtschaft von der Einnahmeseite unter keinen Umständen mehr gedeckt werden. Daher zwingt diese Finanzlage dazu, daß endlich auch hier die Ausgaben den Einnahmen durch entsprechend beschleunigte Reformen angepasst würden. Zusammenfassend fordert der Hauptauschuss erneut als allein zur Behebung der Wirtschaft und Hebung der Arbeitslosigkeit geeignete Mittel:

### Befreiung der Wirtschaft von wirtschaftswidrigen Zwangsmaßnahmen

entschiedene weitere Senkung aller Selbstkosten, insbesondere auch der öffentlichen und sozialen Ausgaben und Behebung der Kreditlage durch eine Politik, die wieder im In- und Auslande das Vertrauen zu Wirtschaft und Staat und damit die Aussicht auf Rentabilität herstellt.

### Polizeirazzia gegen Braunhemden

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung  
Berlin, 24. April. Heute nachmittags gegen 16 Uhr wurde in dem Berliner Gaubüro der NSDAP und in den Geschäftsräumen der SA, der „Angriff“-Redaktion und in den Räumen der übrigen im Berliner Parteihaus der Nationalsozialistischen Partei befindlichen Organisationen eine Polizeirazzia vorgenommen, die die verschärfte Durchführung des Uniformverbotes zur Aufgabe hatte. Wähler konnten die SA-Gruppen, die die einzelnen Räume bewachen, die Anmeldung der Besucher durchführen usw., unbehindert die braune Ollzeruniform tragen. Heute fuhren nun in den späten Nachmittagsstunden zwei Lastkraftwagen mit Schutzpolizei und Kriminalbeamten vor dem Parteihaus in der Heidemünnstraße vor, wo sich infolge dieser Polizeirazzia sofort eine größere Menschenmenge ansammelte. Auf Grund einer offenbar vom preussischen Innenminister angeordneten schärferen Auslegung der Notverordnung schritten sie in den einzelnen Räumen zur Festnahme derjenigen Nationalsozialisten, die die braune Uniform trugen.

So wurden auf der Gangeschäftsstelle allein fünf Nationalsozialisten festgenommen, und auch in den übrigen

### Geschäftsräumen wurden zahlreiche SA-Männer, die sich dort in Uniform aufhielten, festgenommen.

Bei dem etwas rigorosen Vorgehen der Polizeibeamten kam es vereinzelt zu Zusammenstößen. Dabei wurde ein Nationalsozialist wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt verhaftet. Die Festgenommenen wurden sämtlich nach dem Berliner Polizeipräsidium gebracht. Nach der Aktion der Polizei begaben sich die nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Gunes und Dietrich in Begleitung eines Rechtsanwalts zum Polizeipräsidium, um Protest zu erheben gegen das Vorgehen der Polizei, das nach ihrer Ansicht ungerechtfertigt und auch auf Grund der Notverordnung nicht zulässig sei.

### Ueberstimmung in Moskau

Moskau, 24. April. Der Eingang an der Moskawa hat in der Stadt starke Nervierungen angerichtet. Mehrere Stadteile Moskaus stehen vollkommen unter Wasser. An der Mündung der Moskawa sind die Eismassen durch Pluniers der Roten Armee gesprengt worden. Die Pluniers haben die Textilverke Trechnorka zerstört. Mehrere Werke mußten stillgelegt werden. Ob Menschenleben umgekommen sind, ist noch unbekannt.

Vertical list of numbers and small text on the left margin, likely a stock or index table.